
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1350. Plenarsitzung)**

1. Datum: Donnerstag, 13. Januar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 13.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński
Botschafter M. Czapliński

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitz den Ständigen Rat an die technischen Modalitäten für die Durchführung von Sitzungen des Rates während der COVID-19-Pandemie.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE, DES MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN POLENS, S. E. ZBIGNIEW RAU

Vorsitz, Amtierender Vorsitzender (CIO.GAL/4/22), Generalsekretärin (SEC.GAL/6/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/13/22), Russische Föderation (PC.DEL/1/22) (PC.DEL/3/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/2/22), Türkei (PC.DEL/9/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (PC.DEL/4/22 OSCE+), Albanien (PC.DEL/7/22 OSCE+), Georgien (PC.DEL/18/22 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/6/22 OSCE+), Kanada (PC.DEL/17/22 OSCE+), Heiliger Stuhl (PC.DEL/5/22 OSCE+), Armenien (Anhang 1), Aserbaidzhan (Anhang 2), Ukraine (PC.DEL/14/22), Belarus (PC.DEL/8/22 OSCE+), Norwegen, Kasachstan (Anhang 3), Nordmazedonien (PC.DEL/22/22 OSCE+), Kirgisistan, Finnland (auch im Namen Schwedens) (Anhang 4), Rumänien (Anhang 5), Schweden, Turkmenistan, Island (PC.DEL/10/22 OSCE+), Moldau (Anhang 6), Japan (Kooperationspartner)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 20. Januar 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



1350. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

Herr Vorsitzender,

die Delegation Armeniens heißt S. E. Zbigniew Rau, Minister für auswärtige Angelegenheiten Polens, im Ständigen Rat erneut herzlich willkommen und dankt ihm für die Vorstellung der Prioritäten, die den polnischen OSZE-Vorsitz in diesem Jahr leiten werden.

Verehrter Herr Minister,

seit Ihrem letzten Auftritt im Ständigen Rat im Juli letzten Jahres haben sich die allgemeine Sicherheitslage und das politisch-militärische Umfeld im OSZE-Raum weiter verschlechtert, was die Teilnehmerstaaten vor neue Herausforderungen stellt. Wenn diese Herausforderungen nicht angemessen angegangen werden, werden sich die Risse im OSZE-Konzept der umfassenden und unteilbaren Sicherheit weiter vergrößern.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Absicht des polnischen OSZE-Vorsitzes, der Verbesserung der Sicherheitslage im OSZE-Raum durch einen Beitrag zur friedlichen Beilegung bestehender Konflikte besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass mehr als ein Jahr nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung über eine Waffenruhe am 9. November 2020 die schwerwiegenden Folgen des Angriffskrieges gegen Arzach und Armenien nicht nur noch nicht überwunden sind, sondern Aserbaidshan die ohnehin schon angespannte Lage sowohl an der Grenze zu Armenien als auch an der Kontaktlinie zu Arzach/Bergkarabach ständig weiter eskaliert.

Konkret setzten am 11. Januar 2022 die bewaffneten aserbaidshanischen Formationen, die am 12. Mai 2021 in das souveräne Hoheitsgebiet Armeniens eingesickert waren und seither illegal dort präsent sind, eine weitere Provokation an der Ostgrenze Armeniens. Infolge dieser grundlosen groben Verletzung der Waffenruhe, bei der schwere Artillerie und Kampfdrohnen zum Einsatz kamen, wurden drei Soldaten der armenischen Streitkräfte, Arthur Mchitarjan, Rudik Charibyan und Wahan Babajan, getötet und zwei weitere verwundet.

Am Tag vor dieser Provokation hatten die aserbaidshanischen Streitkräfte ein in der Nähe eines Kindergartens im Dorf Karmir Schuka in Arzach geparktes Zivildfahrzeug

beschossen und in Brand gesetzt. Feuerwehrleute, die zum Löschen des Wagens eintrafen, gerieten ebenfalls unter Beschuss. Dank der rechtzeitigen Evakuierung der Kinder aus dem Kindergarten wurde bei diesem kriminellen Anschlag der aserbajdschanischen Streitkräfte glücklicherweise niemand verletzt. Am selben Tag schossen die aserbajdschanischen Streitkräfte auf Zivilpersonen, die in der Nähe des Dorfes Nachitschewanik in Arzach auf dem Feld arbeiteten. Am Nachmittag desselben Tages richteten aserbajdschanische Soldaten auf der Überlandstraße von Stepanakert nach Schuschi ihre Waffen auf ein ziviles Fahrzeug, in dem sich neben dem Fahrer selbst auch seine Frau und ihr dreijähriges Kind befanden, und bewarfen es mit Steinen.

In einem Interview mit lokalen Medien am 12. Januar, das erneut von Hass und Armenophobie geprägt war, machte der aserbajdschanische Präsident eine Reihe entlarvender Aussagen, die darauf schließen lassen, dass die Provokation vom 11. Januar, die auch Todesopfer gefordert hatte, auf seinen direkten Befehl hin erfolgt war.

Diese jüngste Eskalation zeigt einmal mehr, dass der Bergkarabach-Konflikt entgegen den Erklärungen Aserbajdschans nicht gelöst ist. Die Anwendung von Gewalt im OSZE-Raum kann keinen Konflikt lösen. Wenn die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Konfliktlösung präsentiert wird, untergräbt dies außerdem die Sicherheit im OSZE-Raum und diskreditiert die internationalen Organisationen, einschließlich der OSZE, die zum Zweck der friedlichen Lösung von Konflikten gegründet worden sind.

In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens für die Teilnehmerstaaten die Information von Interesse, dass der aserbajdschanische Präsident in seinem Interview auch darauf hinwies, dass Baku die Bestrebungen der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE, sich mit dem Bergkarabach-Konflikt zu befassen, weiterhin vereiteln werde, wobei er insbesondere erklärte – ich zitiere –: „Sie sollten sich nicht mit dem Bergkarabach-Konflikt befassen, da er gelöst ist. Wir haben dieses Problem an ihrer Stelle gelöst. Deswegen sind sie nicht präsent.“

Wir sind der Ansicht, dass unter diesen Umständen die fortgesetzten Appelle unserer Partner an beide Seiten kontraproduktiv und sogar schädlich sind, da sie eine ständige Einladung an Aserbajdschan zu neuen Provokationen und Verletzungen der Waffenruhe darstellen.

Armenien bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass der polnische OSZE-Vorsitz gemeinsam mit anderen internationalen Partnern alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen wird, um Aserbajdschan die klare, unmissverständliche und deutliche Botschaft zu übermitteln, dass die Anwendung von Gewalt nicht geduldet wird und Konsequenzen haben wird. Aserbajdschan sollte seine Provokationen unverzüglich einstellen, seine Streitkräfte aus dem souveränen Hoheitsgebiet Armeniens abziehen, die Eskalation der Spannungen sowohl an der Grenze zu Armenien als auch an der Kontaktlinie zu Arzach beenden und seine bei den Treffen in Brüssel und Sotschi eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Verehrter Herr Minister,

die Situation der armenischen Kriegsgefangenen und zivilen Gefangenen ist nach wie vor ungelöst. Unter Verletzung seiner Verpflichtungen sowohl aus der trilateralen Erklärung über eine Waffenruhe vom 9. November 2020 als auch nach dem humanitären Völkerrecht

weigert sich Aserbaidtschan weiterhin, die armenischen Kriegsgefangenen und zivilen Gefangenen rückzuführen, und führt Scheinprozesse auf der Grundlage erfundener Anschuldigungen und unter Zwang erpresster Geständnisse gegen sie durch.

Wir sind auch zutiefst besorgt über die Weigerung Aserbaidtschans, genaue Angaben über die Zahl der festgehaltenen armenischen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen zu machen, wodurch diese der Gefahr des Verschwindenlassens ausgesetzt sind. Es gibt hinreichend Grund zu der Annahme, dass solche Fälle von Verschwindenlassen bereits zu außergerichtlichen Hinrichtungen geführt haben. Aus jüngsten Erkenntnissen geht hervor, dass die armenischen Kriegsgefangenen nicht nur aus ethnischen, sondern auch aus religiösen Gründen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt wurden. Eine angemessene Reaktion der einschlägigen internationalen Organisationen und Partner einschließlich der OSZE auf diese Fälle von Folter und unmenschlicher Behandlung armenischer Kriegsgefangener und ziviler Geiseln lässt noch immer auf sich warten.

Verehrter Herr Minister,

wir stimmen Ihnen uneingeschränkt zu, dass die Leidtragenden in erster Linie die Menschen sind, und es stimmt uns zuversichtlich, dass Sie beabsichtigen, weiterhin besonderes Augenmerk auf humanitäre Erwägungen zu legen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Aserbaidtschan nicht nur versucht, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und eine Atmosphäre der Angst zu schaffen, sondern auch weiterhin internationalen humanitären Organisationen den Zugang zu Arzach verweigert. Internationale humanitäre Organisationen und Sonderorganisationen müssen uneingeschränkten und ungehinderten Zugang zu Bergkarabach und den angrenzenden Gebieten haben, um ihre Arbeit ohne Einmischung und Einschränkungen verrichten zu können. Wir erwarten vom polnischen OSZE-Vorsitz zusätzliche Bemühungen, um die ungebührliche Politisierung dieses rein humanitären Themas durch Aserbaidtschan anzugehen.

Ein weiterer Grund zu ernster Besorgnis ist die Frage der Vereinnahmung und/oder Zerstörung des armenischen Kulturerbes in den besetzten Gebieten von Arzach, die noch immer der gebührenden und angemessenen Aufmerksamkeit harret.

Herr Vorsitzender,

Armenien ist zu einem Dialog unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE als logischer Fortsetzung der Treffen in New York und Paris im vergangenen Jahr bereit. Wir bedauern, dass das zuvor vereinbarte Treffen in Stockholm nicht stattgefunden hat, da Aserbaidtschan es aus fadenscheinigen und zweifelhaften Gründen abgesagt hat.

Armenien freut sich darauf, die Kovorsitzenden in Armenien zu einem ausführlichen Besuch in der Region begrüßen zu dürfen, damit sie sich aus erster Hand ein Bild von der Lage vor Ort machen können. Wir sind zuversichtlich, dass der Amtierende Vorsitzende der OSZE und die Kovorsitzländer über alle notwendigen Instrumente verfügen, um diesen längst überfälligen Besuch zu organisieren und durchzuführen. Die Absicht des polnischen OSZE-Vorsitzes, „alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den rationellen, intelligenten und flexiblen Einsatz der einzigartigen Instrumente und Verhandlungsformate der OSZE zu

fördern und voranzutreiben“, ist ein ermutigendes Zeichen. Und wir erwarten und hoffen, dass der Vorsitz den Bergkarabach-Konflikt das ganze Jahr über im Blick behält.

Exzellenz,

die jüngsten Ereignisse im OSZE-Raum zeigen einmal mehr, wie sehr die Sicherheitsbelange aller OSZE-Teilnehmerstaaten miteinander verknüpft und voneinander abhängig sind. Das Auftauchen ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer in einem Teil des OSZE-Gebiets lässt erwarten, dass sie unweigerlich auch in anderen Teilen des OSZE-Gebiets auftauchen. Armenien und Arzach haben vor der Verlegung und Entsendung ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer in die Konfliktzone Bergkarabach gewarnt und die Teilnehmerstaaten und die Durchführungsorgane der OSZE nachdrücklich aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Lösung dieses Problems zu ergreifen. Wir beharren nach wie vor darauf, dass die bestehenden Instrumente der OSZE eine wirksame Terrorismusbekämpfung ohne Weiteres ermöglichen. Wir fordern daher die OSZE und ihre zuständigen Durchführungsorgane erneut auf, sich ernsthaft und wirksam mit dieser Frage zu befassen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich Ihnen, Ihren Kolleginnen und Kollegen in Warschau und Ihrem fähigen Team hier in Wien unter der Leitung unseres verehrten Kollegen Botschafter Hałaciński viel Erfolg bei der Steuerung der OSZE durch das Jahr 2022 wünschen. Wir versichern Sie der Unterstützung Armeniens.

Ich danke Ihnen.



1350. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

Danke, Herr Vorsitzender.

Die Delegation Aserbaidschans heißt den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, den Minister für auswärtige Angelegenheiten Polens S. E. Zbigniew Rau, im Ständigen Rat herzlich willkommen.

Aserbaidschan misst der Hauptpriorität des polnischen OSZE-Vorsitzes großen Wert bei, nämlich das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE auf der Grundlage unserer gemeinsamen in der Schlussakte von Helsinki und den OSZE-Beschlüssen verankerten Verpflichtungen hochzuhalten. Die Prinzipien zur Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen, insbesondere solche in Bezug auf die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit international anerkannter Grenzen, bilden weiterhin das Fundament der Sicherheit in Europa und die Grundlage für unsere Zusammenarbeit.

Polen hat den Vorsitz unserer Organisation inmitten der anhaltenden Erosion des Multilateralismus und der wachsenden Rivalität zwischen den politisch-militärischen und wirtschaftlichen Blöcken übernommen. Die in den grundlegenden OSZE-Dokumenten festgeschriebene Unteilbarkeit der Sicherheit muss strikt gewahrt bleiben und sich in der Praxis niederschlagen. Für ein nicht paktgebundenes und blockfreies Land wie Aserbaidschan gewinnt die Bedeutung der OSZE und die strikte Einhaltung der oben genannten Grundprinzipien durch ihre Teilnehmerstaaten besondere Bedeutung. Teilnehmerstaaten, die Teil von politisch-militärischen Blöcken und Bündnissen sind, müssen die territoriale Integrität, Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen von Teilnehmerstaaten, die keinem Block angehören, garantieren.

Wir begrüßen Ihre Priorität, gemeinsamen Bedrohungen einschließlich der Herausforderungen im Nachgang der COVID-Pandemie mit wirksamem Multilateralismus zu begegnen. Wir hoffen, dass Polen als OSZE-Vorsitz nicht nur in der Lage sein wird, einen Weg durch diese komplexen Verhältnisse zu finden, sondern auch Fortschritte in Richtung Frieden, Sicherheit und Entwicklung zu verbuchen. Um diese Vision zu verwirklichen, sind harte Arbeit und kollektive Anstrengungen erforderlich.

Der Aufbau von Sicherheit und die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten sind nur möglich, wenn die vorgenannten Prinzipien vorbehaltlos eingehalten werden, die in den grundlegenden Dokumenten der OSZE, angefangen bei der Schlussakte von Helsinki, verankert sind. Diese Grundprinzipien stehen keiner Neuauslegung offen und sind nicht verhandelbar. Sie müssen ohne jede Ausnahme, ohne mit zweierlei Maß zu messen und ohne geografische oder sonstige Präferenzen gleichermaßen und vorbehaltlos gewahrt und umgesetzt werden.

Wir glauben, dass die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im politisch-militärischen Bereich einen wesentlichen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum leisten könnte. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass politisch-militärische Instrumente nicht im luftleeren Raum existieren und dass ihr Hauptzweck darin besteht, Frieden und Stabilität zu erhalten und unseren gemeinsamen Grundprinzipien und Verpflichtungen Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

Als Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) in der ersten Sitzungsperiode 2022 wird Aserbaidischans Hauptaufgabe und Priorität in allen Dimensionen darin bestehen, die Einhaltung der grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen hochzuhalten und zu stärken und die Umsetzung der politisch-militärischen Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu fördern. Während unseres FSK-Vorsitzes werden wir uns auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung, die Problematik der Kleinwaffen und leichten Waffen sowie der Lagerbestände konventioneller Munition, die Minenräumung, die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen und Frieden und Sicherheit, die Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen, die Konfliktnachsorge und die Stellung und Rolle der nicht paktgebundenen Länder in der europäischen Sicherheitsarchitektur konzentrieren.

Die trilaterale Erklärung Aserbaidischans, Armeniens und der Russischen Föderation vom 10. November 2020 beendete den drei Jahrzehnte andauernden bewaffneten Konflikt. Aserbaidischans Souveränität und territoriale Integrität wiederhergestellt, und die Grundrechte von fast einer Million vertriebener Aserbaidischanerinnen und Aserbaidischaner wurden sichergestellt.

Der Standpunkt Aserbaidischans seit Ende des Konflikts, auch in Bezug auf die mögliche Rolle und den möglichen Beitrag der OSZE und ihrer Strukturen, ist wohlbekannt und wurde den Amtskolleginnen und -kollegen mehrfach dargelegt. Es ist klar, dass es kein „business as usual“ geben kann. Um relevant zu sein, müssen die OSZE und ihre Strukturen, einschließlich der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, den neuen Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen und gerecht werden. Die Erwartungen Aserbaidischans hinsichtlich der Frage, was die Kovorsitzenden tun und was sie unterlassen sollten, wurden klar kommuniziert, auch auf höchster politischer Ebene. Die Erörterungen über künftige potenzielle Programmaktivitäten der Minsk-Gruppe der OSZE und ihrer Kovorsitzenden im Lichte der oben erwähnten trilateralen Erklärungen und der dadurch geschaffenen neuen Gegebenheiten sind noch im Gange, auch im Rahmen der Gesamthaushaltsplanung der OSZE.

Nach der Beilegung des Konflikts hat die aserbaidischische Regierung bereits praktische Schritte eingeleitet, um die Folgen der jahrzehntelangen Besetzung und der dadurch bedingten massiven Zerstörung zu beseitigen. Zu den Prioritäten Aserbaidischans in der gegenwärtigen Postkonfliktphase gehören eine schnellstmögliche und wirksame Arbeit

am Wiederaufbau, der Sanierung und der Wiedereingliederung in den befreiten Gebieten nach dem Konflikt, um die Rückkehr Hunderttausender aserbaidisch-erbenischer Vertriebener an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde zu gewährleisten.

Trotz der völkerrechtlichen Verfehlungen Armeniens und trotz der verheerenden Folgen und nicht verheilten Wunden des fast drei Jahrzehnte währenden Krieges und der Besetzung bieten die Gegebenheiten nach dem Konflikt eine einzigartige Chance und reale Aussichten für die Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region. In der Zeit nach dem Konflikt hat Aserbaidschan wiederholt seine Bereitschaft zur Aussöhnung und zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Armenien auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des jeweils anderen Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zum Ausdruck gebracht, unter anderem durch die Unterzeichnung eines auf diesen Grundsätzen beruhenden Friedensvertrags.

Leider haben wir bisher noch keine positive Reaktion Armeniens auf unsere Friedensagenda erhalten. Im Gegenteil, es kommt immer noch zu militärischen Provokationen seitens Armeniens entlang der internationalen Grenze zwischen den beiden Staaten, wie vor zwei Tagen, als ein aserbaidisch-erbenischer Soldat in Richtung des aserbaidisch-erbenischen Bezirks Kelbadschar an der Staatsgrenze erschossen wurde. Die aserbaidisch-erbenischen Streitkräfte ergriffen Gegenmaßnahmen, um das Feuer von armenischer Seite niederzuhalten. Es ist offensichtlich, dass in Armenien immer noch eine revanchistische Haltung vorherrscht. Armenien trägt die volle Verantwortung für die Verschärfung der Lage. Aserbaidschan wird auf die armenischen Provokationen weiterhin angemessen reagieren und jede Bedrohung seiner Souveränität und territorialen Integrität ausschalten. Armenien sollte seine Lehren aus den Folgen der jüngsten Provokation und des 44-tägigen Krieges im Jahr 2020 ziehen.

In Erwiderung auf die Bemerkungen des armenischen Botschafters möchte ich erneut betonen, dass Armenien, anstatt seine Narrative und unbegründeten Behauptungen abzuspuhlen, dem Beispiel der Kovorsitzenden und anderer Teilnehmerstaaten folgen, die neuen Gegebenheiten vor Ort akzeptieren und sich mit ihnen versöhnen und auf die von Aserbaidschan angebotene Friedensagenda eingehen muss. Ich werde nicht auf jede einzelne vom armenischen Botschafter soeben geäußerte Behauptung eingehen, da er sich bereits vielfach wiederholt. Zu den Vorwürfen in Bezug auf die Gefangenen sei lediglich gesagt, dass der einzige Grund für die „ungelöste“ Situation der Gefangenen, wie er es umschreibt, darin besteht, dass Armenien die ihm von Aserbaidschan übergebenen Personen festnimmt.

Herr Minister,

die Wirtschafts- und Umweltdimension ist ein wichtiger Pfeiler für die Stärkung von Sicherheit und Stabilität. Unsere Delegation setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Bedeutung der Wirtschafts- und Umweltdimension zu erhöhen und die Wirksamkeit und Effizienz der Arbeit der OSZE in diesem Bereich zu steigern. Wir begrüßen, dass sich der polnische Vorsitz auf den Übergang zu einer grünen Wirtschaft, die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie durch Innovation und neue Technologien sowie auf Transparenz und Korruptionsbekämpfung konzentrieren wird, was auch für die Regierung Aserbaidschans eine Priorität darstellt. Ebenso begrüßen wir, dass der polnische Vorsitz auch die Förderung von Verkehr und Handelserleichterung zu seinen Prioritäten zählt.

Die menschliche Dimension ist im Rahmen des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE unbestreitbar mit den Fragen Sicherheit, Stabilität und Entwicklung verbunden. Ein ausgewogener und ganzheitlicher Ansatz in Bezug auf die drei Dimensionen ist notwendige Voraussetzung für den Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraums in der OSZE und die Gewährleistung der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit; diese Dinge sind miteinander verknüpft und verstärken einander wechselseitig.

Abschließend danken wir S. E. Zbigniew Rau noch einmal für sein Erscheinen im Ständigen Rat und wünschen ihm und seinem kompetenten Team in Wien unter der Leitung von Botschafter Adam Hałaciński eine erfolgreiche Vorsitzführung in unserer Organisation im Jahr 2022.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.



1350. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KASACHSTANS

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir möchten uns unseren Kollegen und Kolleginnen anschließen und Polen zur Übernahme des Vorsitzes in der OSZE beglückwünschen.

Wir heißen den neuen Amtierenden Vorsitzenden, den Minister für auswärtige Angelegenheiten Polens Zbigniew Rau, herzlich im Ständigen Rat willkommen und danken ihm für die Vorstellung der Prioritäten, die sich Polen für 2022 gesetzt hat.

Wir wissen es zu schätzen, dass der Vorsitz bereit ist, Kasachstan über das Programmbüro der OSZE in Nursultan und mit anderen Mitteln bei weiteren politischen Reformen in voller Übereinstimmung mit den OSZE-Verpflichtungen mit Hilfe und Unterstützung zur Seite zu stehen.

Herr Amtierender Vorsitzender,

ich möchte auf einige der Besorgnisse eingehen, die hinsichtlich der gegenwärtigen Lage der Dinge in meinem Land geäußert wurden. Meiner Meinung nach sind diese Besorgnisse zum Teil auf Fehlinformationen zurückzuführen, die die aktuellen Ereignisse in Kasachstan verzerrt darstellen. Ich fordere daher alle Beteiligten auf, die Ergebnisse der derzeit laufenden offiziellen Untersuchung abzuwarten, bevor sie Schlüsse ziehen und verbindliche Aussagen machen.

Kasachstan hat landesweit eine beispiellose Welle der Gewalt erlebt. Die derzeit laufenden Ermittlungen deuten darauf hin, dass es sich möglicherweise sogar um einen inszenierten Angriff handelte, einen direkten Anschlag auf unsere Staatlichkeit, einen Versuch, die friedliche verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben, die seit über 30 Jahren die Grundlage unseres Landes bildet.

Gut organisierte Kriminelle griffen zeitgleich in elf Regionen zu militanten Taktiken. Sie gingen nicht auf die Dialogangebote der Regierung ein. Die Terroristinnen und Terroristen mobilisierten Schläferzellen im ganzen Land und griffen Verwaltungsgebäude, Fernsehsender, Militärstützpunkte, Polizeireviere und zivile Einrichtungen an.

Unsere größte Stadt – Almaty, das finanzielle und kulturelle Zentrum des Landes – war am stärksten betroffen. Nicht weniger als 18 Polizeikräfte wurden von diesen Extremistinnen und Extremisten getötet, und mehr als 1 300 wurden verletzt. Auch unter der Zivilbevölkerung gab es Tote. Insgesamt wurden 1 300 Geschäfte zerstört und mehr als hundert Geschäftslokale und Banken geplündert. Mehr als fünfhundert Polizeifahrzeuge wurden angezündet, und mehr als fünftausend wurden von Randaliererinnen und Randalierern erbeutet. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf schätzungsweise 2,5 bis 3 Milliarden Dollar.

Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft bewegen, legen nicht ein derartiges Ausmaß an Gewalt samt massiven Zerstörungen und der Tötung von Polizeikräften an den Tag. Das hohe Ausmaß an gezielter Zerstörung ist ein Beweis für die ausgefeilte Koordination und das Maß an langfristiger Vorbereitung mit dem Ziel, eine Zone des kontrollierten Chaos zu schaffen und letztendlich, so glauben wir, die Macht mit Gewalt zu übernehmen.

Kasachstan hat keine Waffengewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten eingesetzt und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Indem sie den bewaffneten Kriminellen und Terroristinnen und Terroristen entgegentraten, haben unsere Polizei und die Nationalgarde die Zivilbevölkerung geschützt und die Ordnung wiederhergestellt.

Gemäß dem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen wandte sich der Präsident an die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Es wurde ein kleines Friedenskонтингент entsandt, an dem alle OVKS-Mitgliedstaaten beteiligt sind. Es sorgt für Schutz an strategischen Standorten in und um Almaty und anderswo. Wie der Präsident am 11. Januar angekündigt hatte, begann heute der Abzug des Friedenskонтингents aus Kasachstan. Es wird nur zehn Tage dauern, bis alle Truppen abgezogen sind.

Kasachstan bekennt sich weiterhin zum Schutz der grundlegenden Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Der Präsident wird die demokratischen Reformen fortsetzen, wie er am 11. Januar in einer Rede vor dem Parlament bestätigte. Der Demokratisierungsprozess in Kasachstan ist echt und unumkehrbar. Wir haben in den letzten dreißig Jahren einen langen Weg zurückgelegt, um unseren Staat von Grund auf aufzubauen. Wir werden alles Nötige tun, um unsere Demokratie und unsere Bevölkerung vor jeder unrechtmäßigen Einmischung aus dem In- und Ausland zu schützen.

Abschließend wünschen wir dem polnischen Vorsitz viel Erfolg bei seinen Bemühungen. Wir sind zuversichtlich, dass er sich, wie erwähnt, vom Ziel leiten lassen wird, die Umsetzung der grundlegenden Prinzipien der OSZE und der Vereinten Nationen zu stärken, darunter die souveräne Gleichheit der Staaten, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die Wahlfreiheit in Bezug auf Bündnisse und Zusammenarbeit zwischen Staaten, die Enthaltung von der Androhung oder einseitigen Anwendung von Gewalt sowie die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1350. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS
(AUCH IM NAMEN SCHWEDENS)**

Herr Vorsitzender,
Herr Amtierender Vorsitzender Rau,

Finnland und Schweden schließen sich der Erklärung der Europäischen Union (EU) vollinhaltlich an und möchten darüber hinaus eine gemeinsame Erklärung im Namen ihrer beiden Länder abgeben

Finnland und Schweden danken Ihnen, Herr Außenminister Rau, für Ihre Rede vor dem Ständigen Rat und für die Darlegung der Prioritäten des polnischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2022. Wir unterstützen nachdrücklich Ihre Bemühungen zur Verbesserung des Dialogs, des Vertrauens und der Sicherheit, um zu einer „Helsinki-Kultur“ zurückzukehren, wie Sie das ausgedrückt haben. Im Namen Finnlands möchte ich auch Schweden herzlich für die hervorragende Arbeit als OSZE-Vorsitz im vergangenen Jahr danken.

Es ist begrüßenswert, dass der Amtierende Vorsitzende die OSZE als wichtige Plattform für die Erörterung aller Aspekte des umfassenden Sicherheitskonzepts hervorhebt. Die OSZE ist ein einzigartiges Forum für den Dialog über die europäische Sicherheit, da sie das breiteste Spektrum von Staaten an einen Tisch bringt. Es ist unerlässlich, dass alle europäischen Staaten bei Diskussionen über die europäische Sicherheit mitreden.

Wir stimmen mit dem Amtierenden Vorsitzenden darin überein, dass solche Diskussionen in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und unseren gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen, einschließlich der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa geführt werden sollten. Diese Prinzipien sind nicht verhandelbar. Die Nichteinhaltung der Prinzipien untergräbt nicht nur die europäische Sicherheitsordnung, sondern auch die regelbasierte internationale Ordnung und einen funktionierenden Multilateralismus, die allen Ländern ein Anliegen sein sollten.

In diesem Zusammenhang und angesichts der laufenden Diskussionen über russische Vorschläge für Sicherheitsgarantien möchten wir die entscheidende Bedeutung der Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheitsordnung unterstreichen, einschließlich unseres gemeinsamen Bekenntnisses zur souveränen Gleichheit, territorialen Integrität und politischen

Unabhängigkeit der Staaten und dem Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.

Wie in der Europäischen Sicherheitscharta von 1999 festgehalten, kommt keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet zu als anderen, noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil des OSZE-Gebiets als seinen/ihren Einflussbereich betrachten. Als Mitglieder der EU sind wir bereit, in der OSZE Gespräche darüber zu führen, wie wir unsere gemeinsamen Verpflichtungen in allen drei Dimensionen stärken können, auch im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Wir möchten unseren polnischen Freunden alles Gute für Ihren Vorsitz wünschen. Polen kann in der Zeit Ihres Vorsitzes auf unsere volle Unterstützung zählen.

Herr Vorsitzender, ich bitte um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1350. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Rumänien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch namens seines eigenen Landes noch Folgendes hinzufügen.

Zunächst einmal beglückwünscht Rumänien Polen zur Übernahme des OSZE-Vorsitzes, heißt Minister Rau im Ständigen Rat der OSZE herzlich willkommen und bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für die Ziele, die der polnische OSZE-Vorsitz soeben vorgestellt hat.

Rumänien und Polen verbindet eine starke strategische Partnerschaft; in diesem Zusammenhang möchte ich besonders unterstreichen, wie wichtig es ist, zur Suche nach friedlichen, umfassenden und nachhaltigen Lösungen für Langzeitkonflikte beizutragen und alle verfügbaren Instrumente der OSZE zu nutzen, mit dem Ziel, die Qualität unserer Debatten wiederherzustellen. Herr Minister Rau, Sie können bei der Umsetzung der von Ihnen angekündigten Prioritäten auf die verlässliche Unterstützung Rumäniens zählen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bestellung des rumänischen Botschafters, S. E. Viorel Moşanu, zum Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Südkaukasus.

Zweitens möchte ich die Rolle der OSZE als Dialogplattform hervorheben. Diese Organisation ist ein inklusives diplomatisches Forum, das aus dem kollektiven Verständnis hervorgegangen ist, dass Dialog, Sicherheit und Zusammenarbeit unabdingbar sind. Was damals möglich war, sollte auch heute noch möglich sein. Wenn der politische Wille vorhanden ist, gibt es immer einen Weg, der über den Dialog führt.

Die Grundsätze, die wir alle auf unsere Fahnen geheftet haben, haben uns Verpflichtungen eingehen lassen, die unseren Bürgern den Weg zu einem besseren Leben eröffnet haben. Ausgehend von den Lehren der Vergangenheit sind aufrichtige und sinnvolle Gespräche wann immer erforderlich unverzichtbar, um eine Eskalation zu vermeiden und Frieden und Stabilität zu gewährleisten, da im Zentrum des Mandats der OSZE Konfliktverhütung und -lösung stehen.

Drittens ist das OSZE-Konzept der kooperativen und umfassenden Sicherheit weiterhin von größter Bedeutung, ebenso wie die Kernprinzipien der europäischen Sicherheit, die in

der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und all den anderen Dokumenten, die wir alle verabschiedet haben, verankert sind. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang alle daran und bekräftigen wir, dass wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen in Bezug auf die Souveränität und territoriale Integrität jedes Staates innerhalb international anerkannter Grenzen, die Zustimmung des Gastlandes und die Freiheit jedes Staates bei der Wahl seines außenpolitischen Kurses und seiner Sicherheitsvorkehrungen, ohne Einmischung von außen.

Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum können nur dann wiederhergestellt werden, wenn das Völkerrecht und alle bestehenden Übereinkünfte nach Treu und Glauben umgesetzt und die OSZE-Prinzipien, - Werte und - Verpflichtungen in allen drei Dimensionen eingehalten werden.

Rumänien wünscht Ihnen, Herr Minister Rau, und Ihren Teams in Wien und Warschau viel Erfolg. Seien Sie unserer Unterstützung gewiss.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und darf Sie bitten, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

1350. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1350, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS**

Lieber Minister Rau,

die Delegation Moldaus heißt Sie als Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für das Jahr 2022 im Ständigen Rat herzlich willkommen.

Herr Vorsitzender,

Polen übernimmt seine Aufgabe zu einem Zeitpunkt, der für die OSZE und die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur eine große Herausforderung darstellt. Unsere Region steht am Scheideweg zwischen einer schwerwiegenden militärischen Eskalation und einem möglicherweise sehr schwierigen Dialog über die Grundpfeiler des Sicherheitssystems. Wir sollten uns für den Dialog als einziges geeignetes Instrument entscheiden, aber damit dieser Dialog ein substanzielles Ergebnis zeitigen kann, braucht es eine entsprechende Atmosphäre. Daher unterstützen wir die Forderungen nach einer militärischen Deeskalation und nach der Rückkehr der russischen Streitkräfte an ihre Friedensstandorte.

Wir begrüßen die Tatsache, dass man sich auf die OSZE als eine der wichtigsten Dialogplattformen verständigt hat. Wir sind der festen Überzeugung, dass die OSZE als Rahmen für Erörterungen darüber dienen kann und sollte, wie wir unsere umfassende Sicherheit stärken und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen verbessern können. Diese umfassenden Diskussionen sollten unter vollständiger Achtung des Grundsatzes der gleichberechtigten Souveränität der betroffenen Staaten und der legitimen sicherheitspolitischen Besorgnisse aller Länder der Region geführt werden. Diesbezüglich hat auch mein Land Besorgnisse hinsichtlich seiner Sicherheit, die nicht übergangen werden dürfen.

Diese Diskussionen sollten nicht in einem wertfreien Raum stattfinden; wir haben schließlich eine Reihe von Grundprinzipien, die in zahlreichen Dokumenten und Vereinbarungen niedergelegt sind, von der Schlussakte von Helsinki über die Charta von Paris bis hin zur Europäischen Sicherheitscharta und der Gedenkerklärung von Astana 2010. Zu diesen Grundprinzipien gehört das Recht eines jeden Landes, seine sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.

Wir erkennen an, dass die internationale Gemeinschaft, einschließlich der OSZE-Teilnehmerstaaten, sich nach Kräften um die Bewältigung entstehender Krisen bemüht. Doch sollten dabei seit Langem anstehende Sicherheitsfragen nicht vernachlässigt werden. Die Sicherheit und Stabilität im ganzen OSZE-Raum und darüber hinaus bedürfen nach wie vor unserer ständigen Aufmerksamkeit. Die jüngste Krise in Kasachstan zeigt, wie schnell sich eine Lage zum Schlechteren wenden kann. Wir bedauern die Verluste an Menschenleben zutiefst und hoffen, dass sich die Lage mit Hilfe der kasachischen Behörden möglichst bald stabilisiert und dass eingehende Untersuchungen die tieferen Ursachen und Mechanismen der Krise ans Tageslicht bringen werden.

Wir begrüßen die klaren Aussagen Polens zu den Prioritäten seines Vorsitzes für das Jahr 2022 und insbesondere seine Zusage, der Suche nach friedlichen Lösungen für die Konflikte im OSZE-Raum besonderes Augenmerk zu widmen.

Der Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage erfordert ein kontinuierliches und überzeugendes Engagement seitens der OSZE, einschließlich proaktiver und konsequenter Bemühungen des Vorsitzes. Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass die Dynamik des Verhandlungsprozesses dem angestrebten Zeitplan nachhinkt. Um den Konfliktbeilegungsprozess voranzubringen, ist Chişinău jedoch weiterhin offen für eine Zusammenarbeit mit Vermittlerinnen und Vermittlern und Beobachterinnen und Beobachtern. Die Verhandlungen im „5+2“-Format bleiben diesbezüglich unverzichtbar.

Exzellenzen,

die moldauischen Behörden sind nach wie vor ernsthaft besorgt über die systematischen und schweren Menschenrechtsverletzungen, auf die wir bei zahlreichen Gelegenheiten, auch in diesem Forum, hingewiesen haben. Bedauerlicherweise waren bisher keine Verbesserungen zu verzeichnen. Wir möchten unsere Forderung nach tatkräftiger Unterstützung für die bedingungslose Freilassung der politischen Gefangenen Adrian Glijin, Oleg Horjan, Ruslan Lomaca und anderer, die vom Regime in Tiraspol rechtswidrig verurteilt und inhaftiert wurden, bekräftigen. Leider setzt Tiraspol weiterhin einseitige und obstruktive Schritte, die nicht im Einklang mit den im Rahmen des „5+2“-Verhandlungsformats getroffenen Vereinbarungen und Ansätzen stehen.

Im Zusammenhang damit erhofft sich Moldau eine stärkere Unterstützung durch die OSZE und auch durch seine internationalen Partner bei der genauen Beobachtung der von Tiraspol begangenen Verstöße, denen ein Riegel vorgeschoben werden muss. Es sollte weiter daran gearbeitet werden, dauerhafte Lösungen für so dringende Fragen zu finden wie das Funktionieren der Schulen in der Region Transnistrien, die im Unterricht die lateinische Schrift verwenden, und die Gewährleistung des freien Zugangs der moldauischen Bäuerinnen und Bauern zu ihrem Grund und Boden.

Herr Vorsitzender,

eines der größten Probleme und Sicherheitsrisiken für die Republik Moldau ist die anhaltende ausländische Militärpräsenz in der Region Transnistrien meines Landes, die sich nicht auf die Zustimmung der moldauischen Regierung berufen kann. Auf der Grundlage des Völkerrechts, der auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen und der verfassungsmäßigen Neutralität Moldaus unterstreichen wir die Verpflichtung der Russischen

Föderation, den bedingungslosen und vollständigen Abzug ihrer Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau wieder aufzunehmen.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, in einen konstruktiven Dialog einzutreten, um die vor zwei Jahren von der Russischen Föderation eingeleitete Initiative zur Beseitigung der nicht transportfähigen Kampfmittel auf praktischer Ebene weiterzuverfolgen. Dieser Prozess sollte in transparenter Weise durchgeführt werden, wobei die OSZE dabei im Einklang mit ihrem Mandat eine wichtige Rolle übernehmen könnte.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch Ihre Entscheidung begrüßen, Botschafter Thomas Mayr-Harting erneut zum Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts zu bestellen, und wir bekräftigen unsere Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrem Team in diesem Jahr und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Erfüllung Ihrer Aufgabe.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.